

NK Neue Kriminalpolitik 1/2019

Forum für Kriminalwissenschaften, Recht und Praxis

31. Jahrgang
Seite 1–117

Herausgeber: Prof. Dr. **Klaus Boers**, Universität Münster | Prof. Dr. **Jochen Bung**, Universität Passau | Prof. Dr. **Heinz Cornel**, Alice Salomon Hochschule Berlin | Prof. Dr. **Frieder Dünkel**, Universität Greifswald | Prof. Dr. **Andreas Eicker**, Universität Luzern | Prof. Dr. **Monika Frommel**, Universität Kiel | Prof. Dr. **Katrin Höffler**, Universität Göttingen | Prof. Dr. **Johannes Kaspar**, Universität Augsburg | Prof. **Gabriele Kawamura-Reindl**, Ohm-Hochschule Nürnberg | Prof. Dr. **Joachim Kersten**, Deutsche Hochschule der Polizei Münster | Prof. Dr. **Jörg Kinzig**, Universität Tübingen | PD Dr. **Reinhard Kreissl**, Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie, Wien | Prof. Dr. **Frank Neubacher**, Universität Köln | Prof. Dr. **Heribert Ostendorf**, Universität Kiel | Prof. Dr. **Jens Puschke**, Universität Freiburg | Prof. Dr. **Hendrik Schneider**, Universität Leipzig | Prof. Dr. **Tobias Singelnstein**, Ruhr-Universität Bochum | Prof. Dr. **Bernd-Rüdiger Sonnen**, Universität Hamburg | Prof. Dr. **Torsten Verrel**, Universität Bonn

Schriftleitung: Prof. Dr. **Katrin Höffler** | Prof. Dr. **Johannes Kaspar** | Prof. Dr. **Hendrik Schneider**

Inhalt

MAGAZIN

Thomas Feltes

Die „German Angst“. Woher kommt sie, wohin führt sie?

Innere vs. gefühlte Sicherheit. Der Verlust an Vertrauen in Staat und Demokratie 3

NK Neue Kriminalpolitik

Forum Kriminalwissenschaften,
Recht und Praxis

Schriftleitung: Prof. Dr. Katrin Höffler, Universität Göttingen,
Lehrstuhl für Strafrecht und Kriminologie

Prof. Dr. Johannes Kaspar, Universität Augsburg, Juristische Fakultät

Prof. Dr. Hendrik Schneider (ViSdP)
Lehrstuhl für Strafrecht, Strafprozessrecht, Kriminologie, Jugendstrafrecht und Strafvollzugsrecht
Universität Leipzig
Burgstr. 27
04109 Leipzig
Telefon: 0341 / 97 35 - 220
Fax: 0341 / 97 35 - 229
Mail: strafvollzug@rz.uni-leipzig.de

Für Österreich: PD Dr. Reinhard Kreissl
Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie
Museumstrasse 5/12
A - 1070 Wien
Telefon: +43 / 1 - 526 15 16
Fax: +43 / 1 - 526 15 16 - 10
Mail: Reinhard.Kreissl@irks.at

Für die Schweiz: Prof. Dr. Andreas Eicker
Universität Luzern
Frohburgstrasse 3
Büro 4B.24
Postfach 4466
CH - 6002 Luzern
Telefon: +41 / 41 - 229 53 68
Mail: andreas.eicker@unilu.ch

www.neue-kriminalpolitik.nomos.de

Erscheinungsweise: 4 Ausgaben pro Jahr

Bezugspreise 2019: Jahresabonnement incl. Onlinezugang (Privatbezieher) 114,- €, für Studierende (jährliche Vorlage einer Studienbescheinigung erforderlich) 66,- €, für Institutionen 229,- €; Einzelheft 32,- €. Alle Preise verstehen sich incl. MwSt., zzgl. Vertriebskostenanteil. Beihefte, die zu diesem Titel erscheinen, werden den Abonnenten mit einem Vorzugspreis automatisch zugesandt und können bei Nichtgefallen zurückgegeben werden.

Bestellmöglichkeit: Bestellungen beim örtlichen Buchhandel oder direkt bei der Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden

Kündigungsfrist: jeweils drei Monate vor Kalenderjahresende

Bankverbindung generell: Zahlungen jeweils im Voraus an Nomos Verlagsgesellschaft, Postbank Karlsruhe: BLZ 660 100 75, Konto Nr. 73636-751 oder Sparkasse Baden-Baden Gaggenau: BLZ 662 500 30, Konto Nr. 5-002266

Druck und Verlag: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, Waldseestr. 3-5, D-76484 Baden-Baden, Telefon (07221) 2104-0/ Fax (07221) 2104-27, E-Mail: nomos@nomos.de

Anzeigen: Sales friendly Verlagsdienstleistungen, Pfaffenweg 15, 53227 Bonn, Telefon (0228) 978980/Fax (0228) 9789820, E-Mail: roos@sales-friendly.de

ISSN 0934-9200

Urheber- und Verlagsrechte

Nach Ablauf eines Jahres kann der Autor anderen Verlagen eine einfache Abdruckgenehmigung erteilen; das Recht an der elektronischen Version verbleibt beim Verlag. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber/Redaktion oder des Verlages wieder. Unverlangt eingesendete Manuskripte – für die keine Haftung übernommen wird – gelten als Veröffentlichungsvorschlag zu den Bedingungen des Verlages.

Die Redaktion behält sich eine längere Prüfungsfrist vor. Eine Haftung bei Beschädigung oder Verlust wird nicht übernommen. Bei unverlangt zugesandten Rezensionen besteht keine Garantie für Besprechung oder Rückgabe. Es werden nur unveröffentlichte Originalarbeiten angenommen. Die Verfasser erklären sich mit einer nicht sinnentstellenden redaktionellen Bearbeitung einverstanden.

Der Nomos Verlag beachtet die Regeln des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels e.V. zur Verwendung von Buchrezensionen.

MAGAZIN

Thomas Feltes

Die „German Angst“. Woher kommt sie, wohin führt sie?

Innere vs. gefühlte Sicherheit. Der Verlust an Vertrauen in Staat und Demokratie

Innere Sicherheit wird zunehmend als „gefühlte Sicherheit“ gehandelt: Die Angst vor Straftaten erscheint für den einzelnen Bürger wichtiger als die tatsächliche Wahrscheinlichkeit, Opfer einer Straftat zu werden. Von Politikern wird diese Angst bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit instrumentalisiert. Im Ausland wird „German Angst“ als typisch deutscher Charakterzug verstanden, *Bode* (2006) hat sie als „Deutsche Krankheit“ bezeichnet. Deutsche leiden unter Existenzängsten und der Sorge vor negativer Veränderung – und unter der Angst vor Kriminalität.

Dabei haben statistische Angaben zur Kriminalität (auch wenn sie nur eine bedingt verlässliche Quelle darstellen) ebenso wenig Einfluss auf die Verbrechensfurcht wie die Entwicklung der durch Befragungen erhobenen eigenen Viktimisierung¹. Die Angst davor, Opfer zu werden, spiegelt – so die These – weniger konkrete Bedrohungen, sondern eher allgemeine gesellschaftliche Ängste und Verunsicherungen wider, die hervorgerufen werden durch Segmentierungen, Marginalisierungen sowie zunehmende gesellschaftliche Herabstufungen von Bevölkerungsgruppen. Hinzu kommen zunehmender ökonomischer Druck und eine generelle Zukunftsangst: Angst vor Krankheit, Armut im Alter, vor den Auswirkungen der Globalisierung, vor Flüchtlingen. Diese Ängste fokussieren sich – auch bedingt durch mediale Berichterstattung und die damit einhergehende politische Stimmungsmache – auf Kriminalität und damit auf „die Kriminellen“, die zunehmend als Ausländer und Migranten „identifiziert“ werden.

Diese allgemeinen gesellschaftlichen Ängste müssen ernst genommen werden, da sie eine Gefahr für unsere Demokratie darstellen. Sie müssen aber von der Verbrechensfurcht gelöst werden, wenn man sie tatsächlich in den Griff bekommen will. Den Eindruck zu erwecken, man könne diese Ängste durch mehr Strafen, Strafverfolgung oder

¹ Die Frage, ob und wie sich die eigene Viktimisierung auf die Verbrechensfurcht auswirkt, ist umstritten, vgl. *Hirtenlehner* et al. 2018. Eine wiederholte Opferwerdung führt jedenfalls zu erhöhter Kriminalitätsfurcht. Opfer eines Wohnungseinbruchs schätzen ihr Opferrisiko auch bei anderen Delikten höher ein und fürchten diese mehr (vgl. *Birkel* et al. 2014, *Behn/Feltes* 2013).

Abschiebungen beseitigen, geht an den eigentlichen Ursachen vorbei und trägt nicht zu einer Verbesserung des gesamtgesellschaftlichen Wohlbefindens bei.

Im Folgenden wird dargestellt, wie allgemeine persönliche Ängste (z.B. vor einem Verlust des Arbeitsplatzes, den Folgen der Globalisierung) bei der Analyse der Verbrechensfurcht mit einbezogen werden müssen, da durch Transformationsprozesse und Umbrüche in der modernen Gesellschaft eine undurchsichtige, negative Gefühlswelt entsteht. Diffuse Existenz- und Abstiegsängste vermischen und überlagern sich und verlieren im Laufe der Zeit ihre Bezugspunkte. Dadurch entwickeln sie sich zu einem unbestimmten Bedrohungsgefühl, das in der Kriminalitätsfurcht einen Ausdruck findet, wo sie benannt und verarbeitet werden können². Diese „wabernde Angst“ – der Soziologe *Zygmunt Bauman* nannte es 2006 „Liquid Fear“ – durchzieht unseren Alltag und legt sich wie ein Nebelschleier über unsere Wahrnehmungen. Die „liquid fear of crime“ in „liquid times“ geht einher mit einem Leben in einem Zeitalter der Unsicherheit (*Bauman* 2007).

A. Verbrechensfurcht als Sinnbild allgemeiner gesellschaftlicher Verunsicherung

Seit rund 40 Jahren werden in Deutschland regelmäßig Dunkelfeldstudien durchgeführt. Ein repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung wird auf regionaler oder überregionaler Ebene nach eigener Viktimisierung und Verbrechensfurcht befragt³. In Bochum wurden solche Studien 1975, 1986, 1998 und zuletzt 2016 durchgeführt⁴. 2016 gaben 15 % der Befragten an, dass sie im Vorjahr (2015) Opfer einer Straftat wurden, davon 70 % einmal, 30 % mehrmals⁵. Umgerechnet auf die Bochumer Bevölkerung wären dies ca. 75.000 Taten. In der Polizeilichen Kriminalstatistik für Bochum waren in diesem Jahr jedoch nur ca. 38.000 Taten ausgewiesen. Hochgerechnet wurden in Bochum 2015 damit knapp doppelt so viele Straftaten begangen, wie in der PKS ausgewiesen sind. Da sich die sog. „Dunkelzifferrelation“ gegenüber den früheren Studien in Bochum deutlich verkleinert hat, müssen wir davon ausgehen, dass heute deutlich häufiger Straftaten angezeigt werden als früher. Ein Indiz dafür, dass die Menschen zunehmend weniger bereit sind Konflikte selbst zu lösen, aber auch ein Hinweis darauf, dass Empathie und Verantwortungsbereitschaft nachlassen.

Dabei ist die tatsächlich erlebte Kriminalität in Bochum im Vergleich zu 1998 deutlich zurückgegangen. So gaben 1998 16,5 % der Befragten an, Opfer eines Diebstahls geworden zu sein, 2016 waren es nur noch 10,0 % (Rückgang um 40 %). Bei der Körperverletzung ging der Anteil von 2,4 % (1998) auf 1,6 % zurück (- 55 %)⁶. Zuvor waren zwischen 1975 und 1998 die Werte noch deutlich angestiegen. Trotz des Rückgangs

2 *Hirtenlehner/Hummelsheim* 2015, *Gerber et al.* 2010.

3 Zu den unterschiedlichen Facetten der Kriminalitätsfurcht und ihrer Erfassung vgl. *Schartau* u.a. 2018 m.w.N.

4 *Schwind* 2018, 14 ff. m.w.N.

5 *Ders.* 2018, 70 ff.

6 Für andere Delikte wie Raub konnte die Relation aufgrund der niedrigen Viktimisierungsraten nicht berechnet werden.

der selbst erlebten Kriminalität zeichnet sich eine zunehmende Verunsicherung der Befragten ab. Die Verbrechensfurcht ist in unserer Studie nach wie vor hoch und die anderweitig festgestellte Tendenz zur Verbesserung des Sicherheitsgefühls in Deutschland seit 1990⁷ ist hier nicht feststellbar. Vor allem die Angst, Opfer eines Einbruchs oder Diebstahls in der eigenen Wohngegend zu werden, hat sich in Bochum gegenüber früheren Befragungen deutlich (um ca. 20 %) erhöht. Hielten es 1998 noch 30,3 % für wahrscheinlich oder sehr wahrscheinlich, in den kommenden 12 Monaten Opfer eines Diebstahls zu werden, waren es 2016 36,9 %; beim Einbruch gibt es einen Anstieg von 29,5 % auf 36,0 %. Die Angaben beim Raub veränderten sich kaum, lediglich die Erwartung, Opfer einer Körperverletzung zu werden, ging zurück⁸. Negativ entwickelt hat sich auch die Einschätzung der Sicherheit in der eigenen Wohnung und Wohngegend. Hier verschlechterten sich die Werte teilweise deutlich, ebenso beim sog. „Vermeidungsverhalten“ und dem Einbau von Alarmanlagen oder Tür- und Fenstersicherungen. Auch der Anteil derjenigen, die angaben, herumstehenden Jugendlichen oder Ausländern auszuweichen, stieg an⁹.

Obwohl nur relativ wenige Bochumer Opfer einer Straftat wurden, haben viele Angst davor, Opfer zu werden. Die subjektive Kriminalitätsfurcht und die objektive Wahrscheinlichkeit, Opfer einer Straftat zu werden, klaffen weit auseinander. So gaben 0,3 % an, im vergangenen Jahr Opfer eines Raubüberfalls geworden zu sein, demgegenüber halten es aber 19 % der Befragten für wahrscheinlich, im kommenden Jahr Opfer eines solchen Überfalls zu werden. Damit ist die Erwartung, Opfer eines Überfalls zu werden, knapp 65-mal höher als die reale Gefahr. Die Bürger neigen auch dazu, das gesamte Ausmaß an Kriminalität deutlich zu überschätzen. So sind fast alle der Befragten der Auffassung, dass Raubüberfälle in im letzten Jahr zugenommen haben. Tatsächlich sind diese Straftaten aber in Bochum um 1,8 % und bundesweit um 15,2 % zurückgegangen (s. Tabelle).

Tabelle: Einschätzungen der Kriminalitätsentwicklung und der eigenen Sicherheit, Bochum 2015/16

	„Straftaten haben in Deutschland zugenommen“	Entwicklung 2014 – 2015 lt. PKS Bundesgebiet / Bochum	„Straftaten haben in der eigenen Wohngegend zugenommen“	Halten es für wahrscheinlich, selbst Opfer zu werden	Sind selbst im letzten Jahr Opfer geworden
Diebstahl	92 %	+1,8 % / n.v.	53 %	32 %	12,3 %
Einbruch	96 %	+9,9 % / +23 %	69 %	32 %	n.v.
Raub	81 %	-1,8 % / -15,2 %	34 %	19 %	0,3 %
Körperverletzung	80 %	+0,3 % / -1,1 %	29 %	21 %	1,6 %

7 Vgl. Dittmann 2005, 5 ff.; der Trend wird im Deutschen Viktimisierungssurvey 2012 (Birkelel u.a. 2014, 92 f.) bestätigt.

8 Von 28,1 % auf 24,9 %; Schwind 2018, 121.

9 Vgl. Schwind 2018, 131.

Massive Veränderungen gab es auch bei den Gründen für die Anzeige einer erlittenen Straftat (hier Diebstahl). Während 1998 nur 9,3 % angaben, dass sie eine Tat angezeigt hatten, damit der Täter bestraft wird, waren dies 2016 72,1 %. Die immer wieder beschriebene zunehmende Punitivität in der Sanktionseinstellung der Bevölkerung¹⁰ zeigt sich hier überaus deutlich. Veränderungen gab es auch bei den Gründen für die *Nichtanzeige* einer Straftat. Hier gaben aktuell 86,4 % der Befragten an, dass sie einen erlittenen Diebstahl wegen fehlender Erfolgsaussichten nicht angezeigt hätten, 1998 waren dies nur 26,2 %¹¹. 40,9 % sahen wegen des Zeitaufwands von einer Anzeigearstattung ab, 1998 waren dies nur 1,2 %. Insgesamt zeigen sich hier überaus deutliche Verschiebungen, die nicht oder zumindest nicht nur auf die geänderte Erhebungsmethode (Online-Befragung vs. Face-to-face-Interview) zurückgeführt werden können. Nicht nur beim Diebstahl führt die vermutete Ineffektivität der Strafverfolgungsbehörden zur Unterlassung der Anzeige. Mögliche Hintergründe für diese Entwicklungen lassen sich aus den Einschätzungen der Befragten zur Arbeit der Polizei ableiten. Über alle Delikte hinweg gaben nur 26,7 % derjenigen, die eine Strafanzeige erstattet hatten an, dass sich die aufnehmenden Polizeibeamten um die Tataufklärung bemüht hatten. 1998 waren es noch 87,2 %. Gleichzeitig wird die Empathie der die Anzeige aufnehmenden Beamten ebenso schlechter bewertet wie das Engagement bei der Tataufklärung¹².

B. Unsere Ängste – real unreal?

Dabei steht die Angst vor Straftaten bei den Ängsten und Befürchtungen der Bürger dann nicht im Vordergrund, wenn man allgemein nach ihren Ängsten fragt. In den jährlich durchgeführten Befragungen der R+V-Versicherungen (R+V-Infocenter 2018) steht die Verbrechensfurcht meist nur an hinterer Stelle, steigende Lebenshaltungskosten, die Wirtschaftslage, Naturkatastrophen und die „Überforderung der Politiker“ führten lange Zeit mit Abstand die Liste der „Ängste der Deutschen“ an. Zuletzt waren es Terrorismus, politischer Extremismus und „Spannungen durch Zuzug von Ausländern“, die hinter „Gefährlichere Welt durch Trump-Politik“ auf den vorderen Positionen standen. Die Angst vor Straftaten landete auf Platz 18, deutlich hinter den Ängsten ein Pflegefall im Alter zu werden, schwer zu erkranken sowie der Angst vor der Gefährdung des Euro, vor einer schlechteren Wirtschaftslage und sinkendem Lebensstandard im Alter.

Sozialpsychologisch betrachtet ist „Innere Sicherheit“ ein Konstrukt, das durch subjektive Empfindungen und weniger durch objektive Gefährdungen beeinflusst wird. Entwicklungen im Bereich der statistisch messbaren Sicherheit, sei es durch polizeiliche oder gerichtliche Statistiken, bilden nur sehr bedingt das Bild ab, das die Bürger

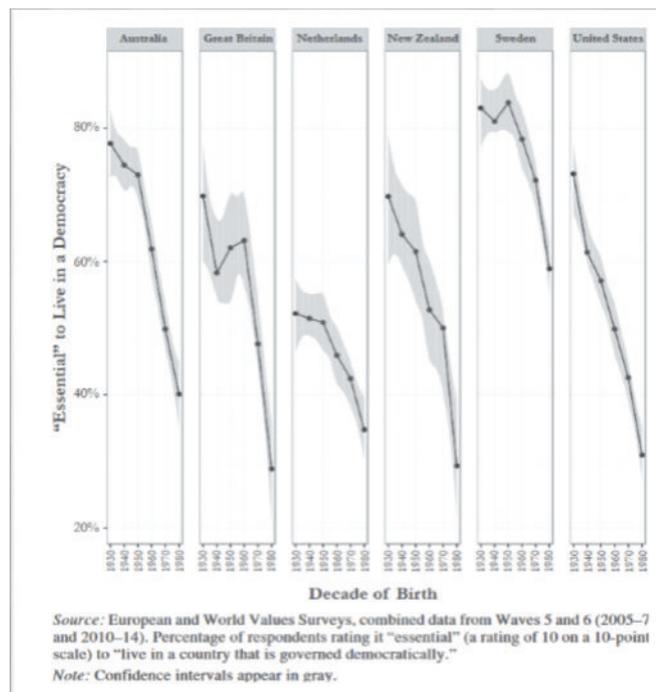
¹⁰ Vgl. Kury/Obergfell-Fuchs 2006.

¹¹ Der Wert liegt deutlich über den Ergebnissen anderer Dunkelfeldstudien der vergangenen Jahre (Nachweise bei Schwind 2018, 92).

¹² Schwind 2018, 143 f.

von „ihrer“ inneren Sicherheit haben. Dieses Bild wird wesentlich durch Medienberichterstattung und Diskussionen im persönlichem Umfeld geprägt. Die zunehmende Politikverdrossenheit und die seit vielen Jahren nicht nur, aber auch in Deutschland abnehmende Zustimmung zur Demokratie als Staatsform dürfte hier eine Rolle spielen. Wenn rund ein Drittel der Bevölkerung nicht mehr zur Wahl geht und jeder Fünfte die Demokratie ablehnt, dann kann man dies durchaus als Ausdruck von gesellschaftlicher Apathie und tiefer Verunsicherung interpretieren. Wenn lautstarke „Führer“ dem Wunsch nach „klaren Positionen“ entsprechen, kann dies zur Gefahr für die innere Sicherheit werden. Auch anderenorts in Europa steht die repräsentative Demokratie nicht (mehr) besonders hoch im Kurs: Am unteren Ende der Zustimmung steht Ungarn (18 %), am oberen Ende Schweden (52 %). Deutschland liegt an zweiter Stelle mit knapp 48 %¹³. Vergleichbare Entwicklungen zeichnen sich in anderen Ländern ab. Die Menschen verlieren weltweit zunehmend das Vertrauen in die Demokratie¹⁴, wenn auch in Europa weniger dramatisch als in den USA (s. Abbildung).

Abbildung: Anteil derjenigen, die es für entscheidend halten in einem Land zu leben, in dem Demokratie herrscht (nach Geburtskohorten).



Quelle: Foa/Mounk 2017, 6

13 PEW Global 2018.

14 Foa/Mounk 2016, dies. 2017, Mounk 2018.

NK 31. Jg. 1/2019

Eine knappe Mehrheit aller Bundesbürger bezweifelt zudem, dass es in Deutschland tatsächlich eine Demokratie gibt. Nach einer Forsa-Umfrage im Oktober 2017 meinen nicht nur 94 % der AfD-Anhänger, dass auf die Interessen des Volkes kaum noch Rücksicht genommen wird, sondern auch überdurchschnittlich viele Befragte mit Hauptschulabschluss (75 %) und Ostdeutsche (69 %) ¹⁵. Auch wenn die aktuelle Studie von *Decker* u.a. (2018) für Deutschland eine hohe Zustimmung in der Bevölkerung zu „Demokratie als *Idee*“ zeigt, muss zu denken geben, dass mit der Praxis der Demokratie nur etwa die Hälfte der Befragten zufrieden ist (in Ostdeutschland deutlich weniger). Zudem ist über die Hälfte der Befragten der Auffassung, dass bestimmte Gruppen von den Rechten und Möglichkeiten der Demokratie ausgeschlossen werden sollten.

International hingegen ist unumstritten, dass die liberale Demokratie in einer Krise und es nur strittig ist, was die Ursachen dafür sind und wie tief das Problem reicht ¹⁶. Die Infektionsgefahr auch für unsere Demokratie durch solche Entwicklungen darf nicht unterschätzt werden. Analytisch kann man die „German Angst“ durchaus als „deutsche Krankheit“ bezeichnen, wie *Bode* dies tut und unter Bezug auf die Entwicklung in der Nachkriegszeit darauf zurückführt, dass viele glauben einen Anspruch darauf zu haben, dass immer alles besser wird ¹⁷. Man glaubte (und glaubt wohl nach wie vor), eine Garantie auf Wohlstand und Fortschritt zu haben. Verlustangst und das Gefühl, dass der Staat nicht mehr alles richten kann, verunsichern und führen zu einem generalisierten Misstrauen, das für *Hüther* ein „Riesenmerkmal unserer Gesellschaft“ ist ¹⁸.

Andererseits sagen die meisten Deutschen, dass es ihnen wirtschaftlich gut geht ¹⁹. Zudem glauben sie, dass es morgen noch besser wird. Es herrsche „schönste Sorglosigkeit“, da sei nichts von „German Angst“ zu sehen – so *Reinecke* in der *taz* ²⁰. Allerdings halten 42 % die Zeiten für ausgesprochen schwierig, da die Gesellschaft immer materialistischer, egoistischer und intoleranter werde. Das gesellschaftliche Klima entwickelt sich nach dem Eindruck der Befragten kritisch. Man nimmt zunehmende Rücksichtslosigkeit und weniger Hilfsbereitschaft, weniger Zusammenhalt und weniger Respekt gegenüber Regeln und Vorschriften wahr. Während 2015 noch 49 % „persönlich ein Gefühl von Sicherheit aus der politischen Stabilität in Deutschland“ beziehen, sind es 2018 nur noch 27 % ²¹.

15 <https://www.stern.de/politik/deutschland/demokratie--mehrheit-der-deutschen-glaubt-nicht-an-herrschaft-des-volkes-7680256.html>.

16 *Wike/Fetterolf* 2018, 136; “In surveys, many people say that their vote does not give them an adequate voice in national politics, that elected officials do not care what people like them think, and that average citizens could do a better job than elected officials of dealing with their country’s problems” (dies., 147).

17 *Bode* 2006, 70.

18 *Hüther* 1997.

19 GDV 2018, *Köcher* 2018, 5.

20 *Reinecke* 2018.

21 *Köcher* 2018, 1 ff.

C. Gefühlte Unsicherheit – warum, woher, wodurch?

Die subjektive Unsicherheit und Angst vor Kriminalität wird jedenfalls nicht durch nachvollziehbare, individuelle Bedrohungen ausgelöst. Andere Faktoren wie Globalisierung, das (so wahrgenommene) Versagen der politischen Eliten und der Politik generell (Abgas-Skandal, Rechtsstaats- und Rentendiskussion, Alters- und Kinderarmut ...) spielen eine deutlich wichtigere Rolle, ebenso wie die zunehmenden, als negativ empfundenen Veränderungen im Verhältnis unter- und zueinander in unserer Gesellschaft. Die Sicherheit des Gewohnten kommt abhanden, es macht sich eine wabernde Angst breit²². Beck (2014) formuliert das so: „Die Bürger der „liquid cities sind „displaced persons“ geworden, in Armeen von Konsumenten verwandelt. Sie leben nicht länger in „cosmo-polis“, sondern in „Städten der Angst“. Es sind diffuse, erst einmal auf nichts Konkretes gerichtete Ängste. „Weil Menschen sich aber dumm fühlen, wenn sie Angst spüren, ohne zu wissen, wovor sie sich eigentlich fürchten, klammern sich ihre Ängste an alles, was ihnen angeboten wird, wider alle Vernunft, wider alle Erfahrung“²³.

Gleichzeitig wird das Unsagbare gesagt, das Udenkbare gedacht. Als Konsequenz entwickelt sich ein Treibsand-Gefühl in der Gesellschaft. Der (auch moralische) Kompass geht verloren, die Orientierung fehlt. Einher geht damit ein Verlust von Moral und Ethik. Die Gesellschaft driftet auseinander, Individualismus und Egoismus sind die jetzt geltenden Maßstäbe. Grundlegende moralische Werte lösen sich auf, die Gesellschaft verliert an Zusammenhalt, Extreme nehmen zu und im Alltag spielt die Frage, was „den Westen“ ausmacht und warum es wichtig ist, ihn ebenso wie die Demokratie zu schützen, keine Rolle mehr. „Die Frage nach dem Sinn des Ganzen, des Lebens, der Welt ... ist im Westen zu einer Privatangelegenheit geworden“ (Strenger, 18f.).

D. Ausblick

Was bleibt Kriminologen und Kriminalpolitikern zu tun vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse? Den Verlust von Moral und Ethik werden beide nicht wettmachen können. Aber zumindest Politiker könnten deutlich machen, dass Moral und Ethik grundlegende Werte einer demokratischen Gesellschaft sind. Weitermachen wie bisher oder gar „mehr desselben“ (Watzlawick, 28) kann nicht funktionieren. Weder die gewohnten präventiven, noch die umstrittenen repressiven Ansätze können etwas an diesem deutschen Angst-Dilemma ändern. Ängste und subjektive Unsicherheit müssen ernst genommen werden; allerdings nicht so, wie der BKA-Präsident Münch zuletzt als er sagte: „Auch Gefühle sind Fakten“ und sich zu der Behauptung verstieg, die Polizei müsse sowohl die tatsächliche als auch die gefühlte Sicherheit gewährleisten. Ungeachtet dessen, dass sie beides nachweislich nicht kann, bestätigt er so lediglich die Bürger

22 Bode spricht von „vagabundierenden Ängsten“, 2006, 163.

23 Dies., aaO.

in der Annahme, dass ihre Ängste tatsächlich durch Kriminalität und Zuwanderer ausgelöst werden und die Polizei sich darum kümmern muss. Eine aufgeklärte Sichtweise würde deutlich machen, dass das subjektive Unsicherheitsgefühl vielfältige Ursachen hat und die Polizei die Institution ist, die am allerwenigsten dieses Gefühl beeinflussen kann. Denn „Mehr Polizei“ (also „mehr desselben“) ist eben gerade keine Lösung (Feltes 2008). Wenn Psychologen uns bestätigen, dass die meisten Angstgefühle entstehen, weil wir *denken*, etwas sei gefährlich, dann sind es unsere Gedanken, die Angstgefühle erzeugen. Hier muss angesetzt werden. Durch Aufklärung, allen voran durch die Politik, die sich dem Reflex verweigern muss, jeden Verdacht einer Straftat mit „Fremden“ als Tatverdächtige mit der Forderung nach „mehr desselben“ (mehr Gesetze, härtere Strafen, schnellere Abschiebung) zu quittieren. Kriminologen müssen aufstehen und die Öffentlichkeit suchen, um dem zu widersprechen und gleichzeitig Fakten entsprechend einordnen – und zwar nicht nur in eher selten gelesenen Fachzeitschriften. Wie schwierig dies angesichts der politisch gezielt genutzten Dramaturgie von fake news, Filterblasen und Echo-Kammern ist, liegt auf der Hand. Wir müssen uns in Forschungsprojekten engagieren, in denen versucht wird, die gesamtgesellschaftlichen Hintergründe von Verbrechensfurcht aufzudecken. Nur zu fragen, wann man wo Angst hat, genügt nicht. Es muss versucht werden, die tatsächlichen Ursachen der Furcht zu benennen. Dazu müssen aber andere Fragen als in den üblichen Viktimisierungsstudien gestellt werden²⁴.

Literatur

Bauman (2006) *Liquid Fear*. Cambridge/Malden

Bauman (2007) *Liquid Times. Living in an Age of Uncertainty*. Cambridge

Behn/Feltes (2013) Emotionale Belastungen nach Wohnungseinbrüchen. Ergebnisse einer Opferbefragung, in: *Kriminalistik* 2013, 463-467

Birkel/Guzy/Hummelsheim/Oberwittler/Pritsch (2014) Der Deutsche Viktimisierungssurvey 2012. Erste Ergebnisse zu Opfererfahrungen, Einstellungen gegenüber der Polizei und Kriminalitätsfurcht. Hg. v. Albrecht und Sieber (Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht, Arbeitsberichte). https://www.mpicc.de/files/pdf3/a7_2014_Viktimisierungssurvey_2012.pdf

Bode (2006) *Die deutsche Krankheit – German Angst*

Eckert (2017) Die Rezession der Demokratie, in: „Welt“ 17.10.2017 <https://www.welt.de/wirtschaft/article169697484/Die-Rezession-der-Demokratie.html>

Feltes (2008) *Akteure der inneren Sicherheit. Vom Öffentlichen zum Privaten*, in: Hans-Jürgen Lange, Peter Ohly, Jo Reichertz (Hrsg.): *Auf der Suche nach neuer Si-*

24 Wir versuchen dies derzeit im Rahmen eines Nachfolgeprojektes zu „Bochum IV“, in dem wir qualitative Interviews mit Bochumern führen, um deren „Furcht-Echo-Kammern“ auszuloten sowie in dem Projekt „Flucht als Sicherheitsproblem“.

cherheit. Fakten, Theorien und Folgen. Reihe: Sozialwissenschaften im Überblick, Bd. 4. Wiesbaden, 101-109

Foa/Mounk (2016) The Danger of Deconsolidation: The Democratic Disconnect, in: *Journal of Democracy*, July, 5-17 <http://www.journalofdemocracy.org/article/danger-deconsolidation-democratic-disconnect>

Foa/Mounk (2017) Signs of Deconsolidation. In: *Journal of Democracy* January, 5-16 <https://www.journalofdemocracy.org/article/signs-deconsolidation>

GDV (2018) Allensbach-Umfrage: Zentrale Ergebnisse im Überblick. Die „Generation Mitte“ 2018. <https://www.gdv.de/de/medien/aktuell/die--generation-mitte--2018--35798>

Gerber/Hirtenlehner/Jackson (2010) Insecurities about crime in Germany, Austria and Switzerland. A review of research findings, in: *European Journal of Criminology* 7 (2), 141-157

Hirtenlehner (2006) Kriminalitätsfurcht – Ausdruck generalisierter Ängste und schwindender Gewissheiten? Untersuchung zur empirischen Bewährung der Generalisierungsthese in einer österreichischen Kommune, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 58 (2), 307-331

Hirtenlehner/Hummelsheim (2015) Kriminalitätsfurcht und Sicherheitsempfinden. Die Angst der Bürger vor dem Verbrechen (und dem, was sie dafür halten), in: *Guzy/Birkel/Mischkowitz* (Hrsg.): *Viktimisierungsbefragungen in Deutschland*. Band 1. Ziele, Nutzen und Forschungsstand. Wiesbaden, 458-487

Hüther (1997) *Biologie der Angs*

Köcher (2018) Die Generation Mitte 2018. Vortrag am 19.9.2018 in Berlin, <https://www.gdv.de/resource/blob/35800/976845c78eb98f501a1487eeb3907079/generation-mitte-2018---praesentation-ifd-data.pdf>

Kunz/Singelstein (2016) *Kriminologie*, 7. Aufl.

Kury/Obergfell-Fuchs (2006) Zur Punitivität in Deutschland. *Soziale Probleme*, 17(2), 119-154

Mounk (2018) *The People vs. Democracy. Why our freedom is in danger and how to save it*. Harvard

R+V-Infocenter (2018) Die Ängste der Deutschen 2018: Untersuchungsmethode der Studie. Online verfügbar unter <https://www.ruv.de/presse/aengste-der-deutschen/>

PEW Global (2018) Worldwide, People Divided on Whether Life Today Is Better Than in the Past. Current economic conditions a key factor in assessing progress, Pew Research Center http://www.pewglobal.org/2017/12/05/worldwide-people-divided-on-whether-life-today-is-better-than-in-the-past/pg_2017-12-5_life-better-or-worse_00

Reinecke (2018) Politik als Speeddating, in: taz vom 26.10.2018, <https://www.taz.de/Archiv-Suche!/5543470&s=german%20Bangst/>

Schartau u.a. (2018) Die Angst vor dem Fremden. Stand der Forschung zu Kriminalitätsfurcht und Unsicherheitswahrnehmungen im Kontext von Migration und Flucht. Arbeitspapier, Ruhr-Universität Bochum, <http://flucht.rub.de/index.php/de/veroeffentlichungen>

Strenger (2017) Abenteuer Freiheit. Ein Wegweiser für unsichere Zeiten

Watzlawick (2011) Anleitung zum Unglücklichsein, 19. Aufl. (1. Aufl. 1983)

Wike/Fetterolf (2018) Liberal Democracy's Crisis of Confidence. In: Journal of Democracy, Volume 29, Number 4, October, 136-150.

Alle Internetquellen wurden zuletzt am 6.12.2018 geprüft

Kontakt

Thomas Feltes

Lehrstuhl für Kriminologie, Kriminalpolitik und Polizeiwissenschaft

Ruhr-Universität Bochum

Massenbergstr. 11

44787 Bochum

www.kriminologie.rub.de

thomas.feltes@rub.de